

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIII

I. Ausgangslage bei der Altersversorgung von Geschäftsführern und Vorständen

1 Bestimmung der Versorgungslücke	1
2 Vergleich der Vorteilhaftigkeit der verschiedenen Säulen der Altersversorgung	3
3 Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung bei GmbH-Geschäftsführern und AG-Vorständen	7
4 Durchführungsformen der betrieblichen Altersversorgung und ihre Verbreitung	8
a) Unmittelbare Versorgungszusagen	9
b) Direktversicherung	11
c) Unterstützungskassen	12
d) Pensionskassen	13
e) Pensionsfonds	14

II. Gestaltung von Versorgungszusagen zugunsten von Geschäftsführern und Vorständen

1 Versorgungszusagen an Fremdgeschäftsführer bzw. nicht beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer/-Vorstände	17
a) Gestaltungsfreiheit	17
b) Mindestinhalt individueller Versorgungszusagen	18
c) Zulässige Abweichungen vom Betriebsrentengesetz	21
2 Versorgungszusagen an beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer und Gesellschafter-Vorstände	23
a) Geltung des Betriebsrentengesetzes/Voraussetzungen für Beherrschung im Sinne des Arbeitsrechts	23
b) Erforderliche Regelungsbereiche für arbeitsrechtlich beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer und Gesellschafter-Vorstände	25
c) Abgrenzung: Sozialversicherungsfreiheit/Beherrschung im Sinne des Sozialrechts	28

	.Seite
3 Insolvenzschutz bei Versorgungszusagen	30
a) Allgemeines zum Insolvenzschutz	30
b) Privatrechtlicher Insolvenzschutz, insbesondere mittels „Verpfändungsmodell“	31
aa) Allgemeines zum Insolvenzschutz bei Versorgungszusagen	31
bb) Kongruente Deckung der Versorgungsverpflichtungen zum Schutz des Unternehmens und des Geschäftsführers/Vorstands	32
cc) Sorgfalt bei der Einrichtung einer privatrechtlichen Sicherung	34
c) Absonderungsrecht im Fall der Insolvenz der Gesellschaft	37
d) Keine Gefährdung der Sicherung durch Widerrufsvorbehalte	40
e) Pfändungsschutz von Renten und Renten-Rückdeckungsversicherungen beim Geschäftsführer/Vorstand	43
4 Zuständigkeit für die Erteilung von Versorgungszusagen an Organmitglieder	44

III. Steuerliche Behandlung von unmittelbaren Versorgungszusagen bei der Gesellschaft

1 Anforderungen an die steuerliche Anerkennung von Versorgungsaufwand der Gesellschaft für einen Geschäftsführer/Vorstand bei allen Durchführungswegen	45
a) Vorbemerkungen	45
b) Dreistufige Prüfung der steuerlichen Anerkennung von Versorgungsaufwand auf zwei Prüfungsebenen	46
2 Allgemeine Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Pensionsrückstellungen (1. und 2. Prüfungsstufe – erste Ebene)	47
a) Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	47
b) Überblick über die zwingenden steuerlichen Bewertungsvorschriften, die von den BilMoG-Anforderungen abweichen	48
c) Voraussetzungen der Bildung von Pensionsrückstellungen in der Steuerbilanz im Einzelnen	52
aa) Rechtsanspruch/Zivilrechtlich wirksame Zusage (§ 6a Abs. 1 Nr. 1 EStG)	52
bb) Schriftliche und eindeutige Zusage (§ 6a Abs. 1 Nr. 3 EStG)	55
cc) Keine steuerschädlichen Widerrufsvorbehalte (§ 6a Abs. 1 Nr. 2 EStG)	57
dd) Keine Abhängigkeit von künftigen gewinnabhängigen Bezügen (§ 6a Abs. 1 Nr. 2 EStG)	57
ee) Keine Vorwegnahme künftiger Einkommensentwicklungen = Keine Überversorgung = Einhaltung der 75 %-Grenze (§ 6a Abs. 3 S. 2 Nr. 1 S. 4 EStG)	58
(1) Versorgungszusagen mit fester Anwartschaftsdynamik	59
(2) Versorgungszusagen mit Gehaltsdynamik	59

	Seite
(3) Überhöhte Versorgungszusagen/Versorgungszusagen, die die 75 %-Grenze in der Anwartschaftsphase überschreiten	60
(4) Nur-Pensionszusage	63
(5) Gehaltsabsenkungen	64
3 Besondere Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von unmittelbaren Versorgungszusagen an beteiligte Geschäftsführer/ Vorstände (3. Prüfungsstufe – zweite Ebene)	66
a) Betriebliche Veranlassung und verdeckte Gewinnausschüttung	66
b) Unterscheidung zwischen steuerlich beherrschenden und nicht beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführern	68
c) Unterscheidung zwischen Zusagen, die die gesetzliche Altersversorgung ersetzen, und solchen, die sie ergänzen	69
d) Einzelne Anforderungen an die betriebliche Veranlassung von Direktzusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer/-vorstände	73
aa) Im Voraus geschlossene, klare und eindeutige Zusage/ Rückwirkungs- und Nachzahlungsverbot	73
(1) Notwendigkeit einer umfassenden und eindeutigen Regelung . .	73
(2) Anwendungsfälle des Rückwirkungs- und Nachzahlungsverbots	74
bb) Ernsthaftigkeit und Finanzierbarkeit	75
(1) Ernsthaftigkeit und Verzicht	76
(2) Ernsthaftigkeit, realistisches Pensionsalter, Rückstellungsbildung	77
(3) Umsetzung der neuen Anforderungen aus dem BMF, Schr. v. 9.12.2016	79
(4) Finanzierbarkeit	82
cc) Probezeit = frühestmöglicher Zeitpunkt der Zusageerteilung	86
(1) Anforderungen an die Erprobung (personenbezogene Probezeit)	86
(2) Gesicherte Gewinnerwartung der GmbH bei Zusageerteilung (unternehmensbezogene Probezeit)	89
(3) Kritik an der Probezeit-Rechtsprechung aus dem Aspekt des Fremdvergleichs	91
dd) Erdienbarkeit = spätestmögliche Zusageerteilung	92
(1) Erdienbarkeitsfrist	93
(2) Höchstalter bei Zusageerteilung	94
(3) Ausnahmefall Entgeltumwandlung	95
(4) Wechsel des Durchführungsweges	96
(5) Erhöhung der Zusage	97
(6) Anwendung auf nicht beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer	98
ee) Sonstiger Fremdvergleich/Prüfung der Üblichkeit	99
(1) Innerbetrieblicher vs. externer Fremdvergleich	99
(2) Keine entgegenstehenden sonstigen betrieblichen Besonderheiten	101

	Seite
(3) Gestaltung der Versorgungszusage: Warte- und Unverfallbarkeitsfristen	101
(4) Gestaltung der Versorgungszusage: Zusagen an Lebensgefährten (100 % Witwen-/Witwerpension)	106
(5) „Erweiterter Fremdvergleich“	107
ff) Angemessenheit der Versorgungszusage der Höhe nach	109
gg) Angemessenheit der Gesamtbezüge	110
(1) Berücksichtigung der „fiktiven Jahresnettoprämie“ bei Versorgungszusagen	111
(2) Ermittlung der „angemessenen“ Gesamtbezüge	112
(3) Zusammenrechnung der Vergütung bei Tätigkeit für mehrere GmbHs	115
4 Folgen einer Veranlassung durch das Gesellschaftsverhältnis	115
a) Keine Anerkennung (100%ige vGA)	116
b) Temporäre vollständige Nichtanerkennung (temporäre vGA)	116
c) Teilweise Anerkennung (teilweise vGA bzw. erforderliche Bilanzberichtigung)	117
d) Aufteilung bei Überversorgung	119
e) Behandlung einer vGA bei der Gesellschaft und dem Gesellschafter	120
5 „Heilung“ einer verdeckten Gewinnausschüttung	121
6 Zusammenfassung	121

IV. Steuerliche Behandlung von mittelbaren Versorgungszusagen (Direktversicherungs-, Unterstützungskassen-, Pensionskassen- und Pensionsfondszusagen) bei der Gesellschaft

1 Vorbemerkungen	123
2 Steuerliche Anerkennung von Beiträgen für eine Direktversicherung des (Gesellschafter-)Geschäftsführers	124
a) Zivilrechtlich wirksame, klare und im Voraus geschlossene Direktversicherungszusage	124
b) Ernsthaftigkeit und Finanzierbarkeit	125
c) Erdienbarkeit	126
d) Sonstige Üblichkeit	127
e) Angemessenheit der Gesamtvergütung	128
3 Steuerliche Anerkennung von Zuwendungen für den (Gesellschafter-) Geschäftsführer an eine Unterstützungskasse	128
a) Zivilrechtlich wirksame, klare und im Voraus geschlossene Zusage	128
b) Ernsthaftigkeit und Finanzierbarkeit	129
c) Erdienbarkeit	130
d) Sonstige Üblichkeit der Versorgungszusage	131
e) Angemessenheit der Gesamtvergütung	131

	Seite
4 Steuerliche Anerkennung von Beiträgen für den (Gesellschafter-) Geschäftsführer an eine Pensionskasse oder einen Pensionsfonds	131
5 Steuerliche Anerkennung von Beiträgen und Zuwendungen für den (Gesellschafter-)Vorstand bei mittelbaren Versorgungszusagen	132
6 Steuerfreiheit von Pensions- und Unterstützungskassen im Hinblick auf die Versorgung von beteiligten Geschäftsführern bzw. Vorständen	132

V. Steuerliche Behandlung der betrieblichen Altersversorgung beim Geschäftsführer bzw. Vorstand

1 Einkommensteuerliche Behandlung des Geschäftsführers/Vorstands bei unmittelbaren Versorgungszusagen und der Versorgung über eine Unterstützungskasse	135
a) Besteuerung während der aktiven Dienstzeit	135
b) Auswirkungen von Versorgungszusagen auf den Abzug von privaten Vorsorgeaufwendungen	137
c) Besteuerung bei Erhalt von Versorgungsleistungen	139
2 Einkommen- und lohnsteuerliche Behandlung des Geschäftsführers/Vorstands bei Direktversicherungen, Pensionsfonds und Pensionskassen und mit Zusageerteilung ab 1.1.2005	142
a) Besteuerung während der aktiven Dienstzeit	142
b) Besteuerung bei Erhalt von Versorgungsleistungen	143
3 Einkommen- und lohnsteuerliche Behandlung des Geschäftsführers/Vorstands bei Direktversicherungen oder Pensionskassen mit pauschal oder voll versteuerten Beiträgen (Altzusagen mit Zusageerteilung vor dem 1.1.2005 bzw. dem 1.1.2002)	144
a) Besteuerung während der aktiven Dienstzeit	144
b) Umwandlung einer Rückdeckungsversicherung in eine Direktversicherung und Abschluss einer Direktversicherung beim Ausscheiden	149
c) Besteuerung bei Leistungsbezug	150
4 Vermögensteuerliche Behandlung der Versorgungszusage	151
5 Erbschaftsteuerliche Behandlung von Hinterbliebenenleistungen	151

VI. Besondere Fragestellungen

1 Befreiung der Gesellschaft von der Versorgungsverbindlichkeit	153
a) Abfindung	155
aa) Anforderungen an die zivilrechtliche Wirksamkeit von Abfindungsvereinbarungen	155

	Seite
bb) Bilanzsteuerliche Anerkennung von Abfindungsklauseln	159
(1) Schädlicher Vorbehalt im Sinne von § 6a Abs. 1 Nr. 2 EStG	159
(2) Einhaltung des Eindeutigkeitsgebots und des Schriftform- erfordernisses nach § 6a Abs. 1 Nr. 3 EStG	160
cc) Gesellschaftsrechtliche Veranlassung der Abfindung	162
(1) Erforderlichkeit einer Abfindungsklausel in der Zusage?	162
(2) Inhaltliche Anforderungen an anzuerkennende Abfindungs- klauseln	164
(3) Steuerlich zulässiger Abfindungsbetrag bei Gesellschafter- Geschäftsführern	165
dd) Steuerliche Behandlung der Abfindung beim Geschäftsführer/ Vorstand	168
b) Verzicht	169
aa) Zivilrechtliche Voraussetzungen	169
bb) Betriebliche oder gesellschaftliche Veranlassung des Verzichts	169
cc) Folgen des gesellschaftlich veranlassten Verzichts	170
dd) Folgen des gesellschaftlich veranlassten Verzichts für die Gesellschaft	172
(1) Sonderfall: Festschreiben der Zusage bzw. Verzicht auf den „Future-Service“	173
(2) Sonderfall: Umstrukturierender Verzicht	175
ee) Folgen des betrieblich veranlassten Verzichts bzw. Teilverzicht	176
ff) Verzicht gegen Besserungsschein	177
gg) Verzicht und Bewertungsverfahren	177
hh) Sonderfall (temporäre) Bezügereduzierung	178
c) Auslagerung der Verbindlichkeit auf einen anderen Versorgungsträger . .	179
d) Übertragung der Versorgungsverbindlichkeit auf ein anderes Unter- nehmen (z.B. eine Rentnergesellschaft)	182
aa) Lohnsteuerliche Behandlung des Übertragungswertes beim Geschäftsführer/Vorstand	183
bb) Betriebliche Veranlassung	185
cc) Rechtsfolgen für das übertragende Unternehmen	185
dd) Rechtsfolgen für den Geschäftsführer/Vorstand als Gesellschafter . . .	185
(1) Angemessener Übertragungswert	186
(2) Steuerliche Behandlung beim aufnehmenden Unternehmen, an dem der Geschäftsführer/Vorstand wiederum maßgeblich beteiligt ist	188
ee) Passivierung angeschaffter Pensionsrückstellungen	189
e) Übertragung auf Rentnergesellschaft	191
f) Liquidationsversicherung	192
aa) Abschluss ohne Zustimmung des Geschäftsführers/Vorstands	193
bb) Betriebliche Veranlassung bei Liquidationsversicherungen für beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer	195

	Seite
2 Betriebsrentenrechtlicher Statuswechsel	197
3 Rechtsformwechsel des Unternehmens	198
4 Weitere Tätigkeit des Geschäftsführers nach Erreichen des vertraglichen Pensionsalters	202
5 Besondere Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Versorgungszusagen an Gesellschafter-Vorstände von Aktiengesellschaften	206
a) Unterschiede zur Situation von GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführern	206
b) Anwendbarkeit der für GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführer entwickelten Prüfkriterien in besonderen Fällen	207
c) Fazit	208
6 (Zeit-)Wertkontenvereinbarungen bei Organmitgliedern und bei Beherrschung	208
a) Nicht am Unternehmen beteiligte Organpersonen	209
b) Beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer/Vorstände	209
c) Minderheits-Gesellschafter-Geschäftsführer/Vorstände ohne beherrschenden Einfluss auf die AG	210
d) Behandlung von Zeitguthaben aus Zeiten vor Erwerb der Organstellung	210
7 Versorgungsausgleich bei GmbH-Geschäftsführern	211
a) Anwendbarkeit des VersAusglG	211
b) Allgemeines zur Durchführung des Versorgungsausgleichs	212
c) Durchführung der Teilung	213
d) Besonderheiten bei der Teilung von Pensionszusagen an (Gesellschafter-)Geschäftsführer/-Vorstände	216
aa) Unterfinanzierte Versorgungszusagen	216
bb) Endgehaltsabhängige Versorgungszusagen	217
cc) Teilung bei Bestehen von Rückdeckungsversicherungen	218
8 Versorgungszusagen zugunsten mitarbeitender Ehegatten von GmbH-Geschäftsführern und nahestehender Personen	218

VII. Hinweise zum Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG)

1 Vorbemerkung	221
2 Wesentliche Anforderungen des BilMoG an die Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen	222
3 Auswirkungen des BilMoG auf die Bewertung von mittelbaren Versorgungszusagen	225

Anhang		Seite
I. Checkliste zur Gewährleistung der steuerlichen Anerkennung der betrieblichen Altersversorgung		230
II. Muster-Pensionszusagen für einen beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer/-Vorstand		234
1. Muster für eine Zusage, die eine fehlende Anwartschaft auf gesetzliche Rentenleistungen ersetzt		234
2. Muster für eine Zusage, die bestehende Versorgungsanwartschaften ergänzt		239
III. Muster Verpfändungsvereinbarung		246
IV. Muster-Gesellschafterbeschluss		248
V. Matrix zur unterschiedlichen Behandlung von beherrschenden/ nicht beherrschenden Geschäftsführern sowie Arbeitnehmern		250
VI. Matrix zur Statusfeststellung (GmbH)		253
VII. Wichtige Rechtsvorschriften		254
1. Auszug aus den Einkommensteuer-Richtlinien 2012 (EStR 2012) i.d.F. vom 25.3.2013		254
2. Auszug aus den Körperschaftsteuer-Richtlinien 2022 (KStR 2022) sowie den Hinweisen zu den Körperschaftssteuer-Richtlinien (KStH 2022)		262
3. Auszug aus den Erbschaftsteuer-Richtlinien (ErbStR 2019)		271
4. Schreiben der Finanzverwaltung		273
a) Gleich lautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 21.1.1991 zur erbschaftsteuerrechtlichen Behandlung von Hinterbliebenenbezügen aus einem Anstellungsvertrag des Gesellschafter-Geschäftsführers einer Kapitalgesellschaft		273
b) BMF, Schr. v. 16.5.1994 – IV B 7 - S 2742 – 14/94 zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung für die Änderung des Gesellschaftergeschäftsführer-Dienstvertrages; Auswirkungen des BGH-Urteils v. 25.3.1991 – II ZR 160/90		274
c) BMF, Schr. v. 21.12.1995 – IV B 7 - S 2741 – 68/95 zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung für die Änderung des Geschäftsführer-Dienstvertrages; Auswirkungen des BGH-Urteils v. 25.3.1991 – II ZR 160/90 – auf Pensionsrückstellungen		275
d) Verfügung der OFD Hamburg vom 24.4.1996 – S 2742 – 8/94 – St 31 zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung für die Änderung des Gesellschafter-Geschäftsführer-Dienstvertrages		276
e) Verfügung der OFD Köln vom 15.9.1997 – S 2742 – 63 – St 131 zum Erdienungszeitraum für Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer		277
f) Verfügung der OFD Karlsruhe vom 17.4.2001 – S 2742 A – St 331 zur Angemessenheit der Gesamtbezüge eines Gesellschafter-Geschäftsführers		277

	Seite
g) BMF, Schr. v. 28.5.2002 – IV A 2 - S 2742 – 32/02 zur Korrektur einer verdeckten Gewinnausschüttung innerhalb oder außerhalb der Steuerbilanz	282
h) BMF, Schr. v. 14.10.2002 – IV A 2 - S 2742 – 62/02 zur Angemessenheit der Gesamtbezüge eines Gesellschafter-Geschäftsführers	293
i) BMF, Schr. v. 9.12.2002 – IV A 2 - S 2742 – 68/02 zu Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer; Vereinbarung einer sofortigen ratierlichen Unverfallbarkeit – Länge des Erdienungszeitraums	298
j) BMF, Schr. v. 2.12.2003 – IV A 2 - S 2743 – 5/03 zur Ertragsteuerlichen Beurteilung des Forderungsverzichts des Gesellschafters einer Kapitalgesellschaft gegen Besserungsschein; Folgen aus der Entscheidung des Großen Senats des BFH vom 9.6.1997	299
k) BMF, Schr. v. 3.11.2004 – IV B 2 - S 2176 – 13/04 zu Zusagen auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung; bilanzsteuerrechtliche Berücksichtigung von überdurchschnittlich hohen Versorgungsanwartschaften (Überversorgung)	301
l) BMF, Schr. v. 28.1.2005 – IV B 7 - S 2742 – 9/05 zur Vereinbarung einer Nur-Pension mit dem Gesellschafter-Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft; Folgerungen aus dem BFH, Urt. v. 17.5.1995 (BStBl. II 1996, 204)	306
m) BMF, Schr. v. 6.4.2005 – IV B 2 - S 2176 – 10/05 zur betrieblichen Altersversorgung; bilanzsteuerrechtliche Berücksichtigung von Abfindungsklauseln in Pensionszusagen nach § 6a EStG . . .	308
n) BMF, Schr. v. 1.9.2005 – IV B 2 - S 2176 – 48/05 zu Abfindungsklauseln in Versorgungszusagen; Anpassung von Versorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Versorgungsberechtigten	309
o) BMF, Schr. v. 6.9.2005 – IV B 7 - S 2742 – 69/05 zur Finanzierbarkeit von Pensionszusagen gegenüber Gesellschafter-Geschäftsführern (§ 8 Abs. 3 S. 2 KStG); Anwendung der BFH, Urt. v. 8.11.2000 (Az. I R 70/99), vom 20.12.2000 (Az. I R 15/00), vom 7.11.2001 (Az. I R 79/00), vom 4.9.2002 (Az. I R 7/01) und vom 31.3.2004 (Az. I R 65/03)	310
p) BMF, Schr. v. 22.5.2007 – IV C 8 - S 2221/07/0002 zur Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen bei Gesellschafter-Geschäftsführern von Kapitalgesellschaften (§ 10 Abs. 3 EStG i.d.F. bis VZ 2004, § 10 Abs. 4a EStG n.F.)	310
q) BMF, Schr. v. 17.6.2009 – IV C 5 - S 2332/07/0004 zur lohn-/einkommensteuerlichen Behandlung sowie Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Zeitwertkonten-Modellen	316

	Seite
r) BMF, Schr. v. 14.8.2012 – IV C 2 - S 2743/10/10001: 001 zum Verzicht des Gesellschafter-Geschäftsführers einer Kapitalgesellschaft auf eine Pensionsanwartschaft als verdeckte Einlage (§ 8 Abs. 3 S. 3 KStG); Verzicht auf künftig noch zu erdienende Pensionsanwartschaften (sog. Future-Service)	323
s) BMF, Schr. v. 13.12.2012 – IV C 6 - S 2176/07/10007 zur bilanzsteuerrechtlichen Berücksichtigung von sog. Nur-Pensionszusagen	325
t) BMF, Schr. v. 14.12.2012 – IV C 2 - S 2742/10/10001 – zur Probezeit vor Zusage einer Pension an den Gesellschafter-Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft (§ 8 Abs. 3 S. 2 KStG)	326
u) BMF, Schr. v. 18.10.2013 – IV C 6 - S 2176/12/10001 zur Berücksichtigung von gewinnabhängigen Pensionsleistungen bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen nach § 6a EStG	327
v) BMF, Schr. v. 12.5.2014 – IV C 2 - S 2743/12/10001 – Verdeckte Einlage in eine Kapitalgesellschaft und Zufluss von Gehaltsbestandteilen bei einem Gesellschafter-Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft; Urteile des BFH v. 3.2.2011 – VI R 4/10 – (BStBl. II 2014, 493) und – VI R 66/09 – (BStBl. II 2014, 491) sowie v. 15.5.2013 – VI R 24/12 – (BStBl. II 2014, 495)	328
w) OFD Niedersachsen, Verfügung vom 15.8.2014 (S 2742-259-St 241) – Verfügung betr. Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften; Erdienungszeitraum bei Entgeltumwandlung	328
x) BMF, Schr. v. 9.12.2016 – IV C 6 - S 2176/07/10004: 003: Maßgebendes Pensionsalter bei der Bewertung von Versorgungszusagen, Urteile des BFH vom 11.9.2013 (BStBl. II 2016, S. 1008) und des BAG (BAG) vom 15.5.2012 – 3 AZR 11/10; v. 13.1.2015 – 3 AZR 897/12	329
y) BMF, Schr. v. 12.8.2021 IV C5 – S2333/19/10008: Schreiben betr. Steuerliche Förderung der betrieblichen Altersversorgung i.d.F. der Änderung durch BMF v. 18.3.2022 (Auszug: I. Rn. 1–7)	332
z) BMF, Schr. v. 4.7.2017 – IV C 5 - S 2333/16/10002, DOK 2017/0581849: Lohnsteuerliche Folgerungen der Übernahme der Pensionszusage eines beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführers gegen eine Ablösungszahlung und Wechsel des Durchführungswegs	334
za) BMF, Schr. v. 18.9.2017 – IV C 6 - S 2176/07/10006, DOK 2017/0761018: Betriebliche Altersversorgung; Bilanzsteuerrechtliche Berücksichtigung von Versorgungsleistungen, die ohne die Voraussetzung des Ausscheidens aus dem Dienstverhältnis gewährt werden, und von vererblichen Versorgungsanwartschaften	335

	Seite
zb) BMF, Schr. v. 30.11.2017 – IV C 6 - S 2133/14/10001, DOK 2017/0978503: Bilanzsteuerrechtliche Berücksichtigung von Verpflichtungsübernahmen, Schuldbeitritten und Erfüllungsübernahmen mit vollständiger oder teilweiser Schuldfreistellung, Anwendung der Regelungen in § 4f und § 5 Abs. 7 EStG	337
zc) BMF, Schr. v. 8.8.2019 – IV C 5 - S 2332/07/0004:004, DOK 2019/0686812: Lohn-/einkommensteuerliche Behandlung sowie Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Zeitwertkonten-Modellen; Organe von Körperschaften	346
zd) BMF, Schr. v. 12.8.2021 IV C5 – S2333/19/10008: Schreiben betr. Steuerliche Förderung der betrieblichen Altersversorgung i.d.F. der Änderung durch BMF v. 18.3.2022 (Auszug: I. Rn. 1–7)	347
ze) BMF, Schr. v. 30.8.2024 – IV C 2 - S 2742/22/10003: Gleichzeitige Zahlung von Geschäftsführergehalt und Pension; BFH-Urteil vom 15.3.2023 – I R 41/19 Änderung des BMF-Schreibens vom 18.9.2017	351
Stichwortverzeichnis	375